

# WAS AUF EINE NEUE BUNDESREGIERUNG ZUKOMMT

*Klaus F. Zimmermann*

Die deutsche Politik steckt in einem Dilemma. Die überfälligen Reformschritte der Bundesregierung haben ihre Früchte noch nicht abwerfen können, wohl aber einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung hervorgerufen. Doch zum eingeleiteten Reformprozess gibt es keine Alternative.

Ein neuerlicher Kurswechsel wäre fatal. Dies den Bürgern überzeugend zu vermitteln, wäre Aufgabe gemeinsamer Bemühungen von Regierung und Opposition – zu spüren war davon bislang freilich wenig. Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen vor allem eines: Die Bürger sind verunsichert über Ziele und Status quo der Reform von Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Das Selbstverständnis unserer sozialen Marktwirtschaft steht auf dem Prüfstand. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der effizienten Nutzung volkswirtschaftlicher Ressourcen müssen fortan strikter getrennt werden. Die Wertschöpfung muss Priorität über die Frage bekommen, wie das Produzierte gerecht verteilt wird. Chancengerechtigkeit kommt vor Verteilungsgerechtigkeit. Gesellschaftliche Solidarität und Eigenverantwortung brauchen eine neue, verträgliche Balance. Wer Solidarität fordert und erhält, muss seinerseits die Bereitschaft zur Gegenleistung mitbringen. Das ist ein Gebot sozialer Fairness und nicht etwa ein sozialstaatlicher Sündenfall.

## **DIE BLAUPAUSEN FÜR DIE UNVERMEIDBAREN REFORMSCHRITTE LIEGEN AUF DEM TISCH:**

1. Bürokratieabbau und eine Föderalismusreform stehen an. Die Einspruchsmöglichkeiten des Bundesrates müssen deutlich reduziert werden. Der Länderfinanzausgleich setzt keine Leistungsanreize, es sollte einem neuen System weichen, das Ländern und Gemeinden eigenständigere Finanzierungsquellen einräumt.

2. Impulse zur Erneuerung der Wirtschaft sind nötig. Dazu trägt eine längere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bei. So kann der Fachkräftemangel bekämpft und einfache Arbeit preiswerter werden. Zukunftsträchtige Wirtschaftssektoren wie Bildung und Weiterbildung, Innovationen und Forschung, Gesundheit, Betreuung und haushaltsnahe Dienste müssen durch Marktprozesse gestärkt werden. Ein System von Bildungs- und Kinderbetreuungsgutscheinen ist dabei ebenso sinnvoll wie die Abschaffung des Zivildienstes, ein verändertes Stiftungsrecht zur Stimulation privatwirtschaftlich geförderter Wissenschaft und die Einrichtung von Agenturen zur gezielten Koppelung von Angebot und Nachfrage im Bereich einfacher Serviceangebote.

3. Ein radikaler Subventionsabbau in Verbindung mit einer Mehrwertsteuererhöhung kann kurz- und mittelfristig Spielraum für Steuervereinfachungen, eine Senkung der Lohnnebenkosten und die Finanzierung neuer staatlicher Leistungsschwerpunkte schaffen. Langfristiges Ziel einer großen Steuerreform sollte die Rückführung direkter zugunsten indirekter Steuern sein. Denkbar wäre ein Mehrwertsteuerprivileg für Güter und Dienstleistungen, die mit einem hohen Anteil an gering qualifizierter Arbeit produziert werden.

4. Die sozialen Sicherungssysteme müssen insgesamt entfesselt und in den größtmöglichen Wettbewerb entlassen werden. Dauerhaft wird kein Weg an einer deutlichen Verlängerung der Lebensarbeitszeiten und an Modellen privater Altersvorsorge vorbei führen. Ebenso unverzichtbar ist das Gesundheitsprämienmodell zur Abkoppelung der Finanzierung des Gesundheitssystems vom Faktor Arbeit. Auch die Arbeitslosenversicherung kann durch die Einführung von Wahltarifen effizienter organisiert werden.

5. Die Reform der Arbeitsmarktpolitik braucht Zeit und muss sorgfältig evaluiert werden. Hektische Reformen der Reformen wären falsch, sinnvoll ist allerdings das Nachdenken über einen fundamentalen Neuanfang: Eine reine Versicherungsagentur regelt die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für Kurzzeit-Arbeitslose, die wahrscheinlich aus eigener Kraft in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Eine restrukturierte Bundesagentur für Arbeit kümmert sich nach einem gründlichen Profiling der neuen Arbeitslosen um potenzielle Problemfälle, überwiegend Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitnehmer. Die Kommunen mit ihrer Kenntnis der lokalen Gegebenheiten übernehmen schließlich die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen.

Dem Transferbezug steht dabei die Pflicht zur Gegenleistung in Form sozial nützlicher Arbeit gegenüber. Die soziale Marktwirtschaft betreibt durch die Umsetzung eines solchen Reformkatalogs keinen Verrat an ihren Prinzipien, sondern sichert ihren Bestand.